



Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen GmbH

## Inhaltsverzeichnis

11.10.2024	Schwarzwälder Bote Donaueschingen: Zwei Länder, zwei Endlager, doppeltes Problem?	3
11.10.2024	Wolfenbütteler Zeitung: Asse II: Wolfenbüttels Kreistag kritisiert kurzen Prüfzeitraum	4
10.10.2024	NWZonline (Nordwest-Zeitung): Schacht Konrad bei Salzgitter Umweltverbände ziehen erneut gegen Atom Mülllager vor Gericht	6

Seite: 33

Auflage: 1.878 (gedruckt)<sup>1</sup> 1.970 (verkauft)<sup>1</sup>  
2.106 (verbreitet)<sup>1</sup>

Ressort: KRVS

Reichweite: 8.577<sup>2</sup>

Mediengattung: Tageszeitung

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 07/2024<sup>2</sup> von PMG gewichtet 7/2024

## Zwei Länder, zwei Endlager, doppeltes Problem?

Sie ist langwierig und für Anrainer zermürbend, die Standortsuche für radioaktive Abfälle. Gleich doppelt betroffen ist davon der Schwarzwald-Baar-Kreis, denn nicht nur Deutschland sucht, sondern auch die an die Region angrenzende Schweiz.

Schwarzwald-Baar-Kreis Wohin mit den radioaktiven Abfällen? Diese Frage stellt man sich in der Schweiz und in Deutschland gleichermaßen.

Der Weg zu einer Antwort fällt zwar ganz unterschiedlich aus, das Ziel könnte jedoch in beiden Fällen nahe liegen: in der Grenzregion Deutschland/Schweiz und damit nur einen Steinwurf vom Schwarzwald-Baar-Kreis entfernt.

Die Schweiz sucht bereits seit 2008

Seit 2008 sucht die Schweiz nach einem geeigneten Endlagerstandort, um radioaktives Material dauerhaft sicher zu entsorgen. Zuletzt hatte die NAGRA im Herbst 2022 ein geologisches Tiefenlager am Standort Nördlich Lägern im Kanton Zürich sowie eine Verpackungsanlage beim bestehenden Zwischenlager in Würenlingen, Kanton Aargau, vorgeschlagen. Die Krux aus deutscher Sicht: Beide Standorte liegen in unmittelbarer Grenznähe zu Deutschland.

Der aktuelle Zeitplan verschafft viel Luft

Mit Spannung erwartet wird der nächste Step im Suchverfahren im November 2024: Dann will die NAGRA die Genehmigungsunterlagen für beide Vorhaben beim Schweizer Bundesamt für Energie einreichen, danach erfolgt die Überprüfung durch das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat und weitere Behörden. 2027, so rechnet man, sollen die Gutachten und Stellungnahmen vorliegen. Vor 2029 sei nicht mit einer Entscheidung des Bundesrats zu

rechnen, so die Einschätzung der Kreisverwaltung Schwarzwald-Baar. „Bis die ersten Abfälle eingelagert werden, dauert es noch rund 30 Jahre.“

Deutsche Suche tangiert die Region

Und auch die Standortsuche in Deutschland, um auch hier ein Endlager für hochradioaktive Abfälle einzurichten, wird sich noch lange hinziehen. Aktuell befindet sie sich in der ersten von insgesamt drei Phasen. Der erste Schritt ist getan:

Das Unternehmen BGE wurde mit der Suche beauftragt und sammelt in der ganzen Republik Daten, die nun ausgewertet werden. 2020 gab es bereits einen ersten Zwischenbericht. Fazit: 54 Prozent der Landesfläche Deutschlands und 47 Prozent der Landesfläche Baden-Württembergs gelten als prinzipiell geeignet für ein solches Endlager. Der Schwarzwald-Baar-Kreis ist mit zwei Teilgebieten betroffen – dem sogenannten Teilgebiet Kristallin und dem Teilgebiet Ton.

Die Sache mit der Gerechtigkeit

In Fachkonferenzen brachte unter anderen der Erste Landesbeamte Martin Seuffert die Interessen der Region ein – und auch auf eine gerechte Lastenverteilung wurde gedrängt.

Gerade Letztere liegt dem Schwarzwald-Baar-Kreis, aber auch der Region Waldshut besonders am Herzen, denn beide Regionen sind nicht nur von der Endlagersuche auf deutscher Seite, sondern auch von der auf der Schweizer Seite in besonderem Maße tangiert.

Da von mit der Standortentscheidung in der Schweiz hauptsächlich der Landkreis Waldshut betroffen ist, hat der Schwarzwald-Baar-Kreis dort keine Karten mehr im Spiel – er nimmt auch an den Ausschusssitzungen der Kantone nicht mehr teil.

Aber: Der Landkreis Waldshut vertrete die hiesigen Interessen mit, betont die Kreisverwaltung. Und: Der Schwarzwald-Baar-Kreis begleite das Verfahren weiter und unterstütze bei Bedarf die Interessen auf der deutschen Seite.

Spannung vor dem vierten Quartal

Für die deutsche Standortsuche rechnet man bis 2027 mit einer Eingrenzung auf insgesamt zehn Standortregionen – „die Verwaltung hofft daher, sukzessive Erkenntnisse zur Betroffenheit unserer Region zu erhalten, wenn die Arbeitsstände zu den relevanten vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen ab dem vierten Quartal in einer jährlichen Aktualisierung veröffentlicht werden“, machte die Kreisverwaltung deutlich.

Am 9. Dezember wird das Bundesamt für Sicherheit der nuklearen Entsorgung, BASE, gemeinsam mit dem Landkreis Waldshut eine Info-Veranstaltung ausrichten – auch der Schwarzwald-Baar-Kreis nimmt daran teil.

Aber, stellte Landrat Sven Hinterseh jüngst im Umweltausschuss des Landkreises klar: Die „Möglichkeit der Einflussnahme“ sei doch sehr begrenzt.

Abbildung:

Das Fass ist für viele Menschen in der Region kurz vorm Überlaufen – die Standortsuche für ein Atommüll-Endlager beschäftigt sie sehr. Das Bild zeigt ein Fass mit einem aufgemalten Atom-Zeichen – Symbol einer Protestaktion, hier in Niedersachsen.

Fotograf-in:

dpa

Wörter:

599

**Autor/-in:** Karl-Ernst Hueske  
**Seite:** 22  
**Ressort:** Service

**Jahrgang:** 2024  
**Nummer:** 238  
**Auflage:** 10.666 (gedruckt)<sup>1</sup> 12.145 (verkauft)<sup>1</sup>  
 12.253 (verbreitet)<sup>1</sup>  
**Reichweite:** 0,032 (in Mio.)<sup>2</sup>

**Mediengattung:** Tageszeitung

<sup>1</sup> IVW 2/2024

<sup>2</sup> AGMA ma 2024 Tageszeitungen

## Asse II: Wolfenbüttels Kreistag kritisiert kurzen Prüfzeitraum

Wolfenbüttels Kreistag erfährt, dass alternative Zwischenlager-Standorte „nicht prüffähig“ seien. Nun muss eine schnelle Stellungnahme her.

**Karl-Ernst Hueske**

**Wolfenbüttel** Empörung machte sich bei der jüngsten Sitzung des Kreistags breit, als sich ein Kreistagsabgeordneter bei der Verwaltung erkundigte, was aus dem Protestschreiben des Kreises geworden sei – mit der Bitte, im Rahmen des Raumordnungsverfahrens alternative Asse-ferne Standorte für die Zwischenlagerung des radioaktiven Mülls aus der maroden [Schachtanlage Asse II](#) zu berücksichtigen. Der Landkreis hatte dem Land einige konkrete alternative Standorte vorgeschlagen, etwa bestehende Zwischenlagerstandorte, Truppenübungsplätze oder auch Bunkeranlagen und Tunnel.

Sven Volkerts, als Umweltdezernent auch zuständig für das weitere Vorgehen zum Thema Asse II, berichtete, dass der Kreis dem vom Land beauftragten [Amt für regionale Landesentwicklung \(ArL\)](#) in Braunschweig den Kreistagsbeschluss am 17. Juni mitgeteilt und eingehend erläutert habe. Am 9. September sei die Antwort aus Braunschweig gekommen: Die Vorschläge für alternative Standorte seien nicht prüffähig.

Volkerts verknüpfte dies mit der Kritik: „Das Verhalten des ArL Braunschweig ist für uns absolut befremdlich. Eine Auseinandersetzung mit der differenziert dargelegten Rechtsauffassung des Landkreises ist nicht ersichtlich. Seit über zwei Jahren schweigt sich das Land aus – sowohl das verantwortliche Ministerium als auch das ArL Braunschweig als verfahrensführende Behörde. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass vom Land hier ein Schmalspurverfahren beabsichtigt ist, in dem der Öffentlichkeit eine echte Möglichkeit der Beteiligung erheblich erschwert wird.“

Volkerts Kritik am Beteiligungsverfahren für den Zwischenlagerstandort für

den Atommüll aus Asse II basiert noch auf weiteren Punkten. So habe das ArL in einem Schreiben vom 9. September den Kreis darauf hingewiesen, dass das Verfahren im September in seine finale Phase eintreten und das Beteiligungsverfahren gestartet werde, sofern dann die vollständigen Unterlagen vorlägen. Volkerts berichtete: „Für Überraschung sorgte zwei Tage später die Veröffentlichung im Niedersächsischen Ministerialblatt, dass das Beteiligungsverfahren gestartet wird.“

Die für das Asse-Bergwerk zuständige Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat zwei Jahre nach der Antragskonferenz die für das Raumordnungsverfahren erforderlichen Unterlagen, allerdings ohne Aussagen zu alternativen Standorten, zusammengestellt. Die Dokumente umfassen fast 1000 Seiten. Das ist laut Volkerts „ein breiter Ordner, gefüllt mit doppelseitig bedrucktem Papier“. Die Unterlagen können bis 18. Oktober unter <https://www.beteiligung-landesplanung.de/rvp-asse/beteiligung.php> eingesehen werden. Zu diesen Unterlagen muss sich nun der Kreis äußern, wenn er überhaupt noch Einfluss auf das Verfahren nehmen will. Allerdings bleiben ihm dafür nur vier Wochen. Volkerts: „Das Verhalten des ArL Braunschweig ist für mich absolut befremdlich. Zum Raumordnungsverfahren beziehungsweise der Raumverträglichkeitsprüfung gehört nach unserer Lesart des Raumordnungsgesetzes ausdrücklich, ernsthaft in Betracht kommende Alternativen zu prüfen.“

Auswahl und Bewertung solcher Alternativen müssten durch die BGE erfolgen, die das Zwischenlager bauen möchte. Das ArL habe dann die Darlegung zu prüfen, so der Umweltdezernent, der auch die Festlegung des Auslegungszeitraums in den Herbstferien als „äußerst irritierend“ bezeichnete.

Der vom ArL Braunschweig festgesetzte Zeitraum für die Unterlagenprüfung sei, so Volkerts, ein Schlag ins Gesicht gerade auch der „lokalen Akteure“, also der Asse-Initiativen, die sich als ehrenamtlich engagierte Personen seit vielen Jahren mit dem Vorhaben auseinandersetzen und auch in diesem Verfahren sicherlich Relevantes beizutragen hätten. „Aber auch die Landkreisverwaltung und andere Behörden kommen an ihre Grenzen“, erklärte er.

Diese Kritik teilten auch einige Kreistagsabgeordnete. So erklärte Björn Försterling für die FDP: „In 72 Wochen wurde durch BGE und ArL das Raumordnungsverfahren vorbereitet und in nur vier Wochen sollen wir das prüfen – das ist absurd. Hier hätten Planungsschritte sowie ein Dialog stattfinden sollen. Wir müssen jetzt deutlich machen, dass hier über die Köpfe der Menschen im Landkreis hinweg entschieden wird. Die BGE will ein Zwischenlager am Standort Asse, die ArL hat jetzt den schwarzen Peter.“

„Das Gebaren der Oberen, so nenne ich sie mal, ist ein dicker Hund“, sagte Bertolt Brücher (Grüne). „Den Anregungen des Kreistages wurde keinerlei Rechnung getragen. Die Art und Weise des Umgangs mit uns ist borniert und arrogant.“ „In diesem Verfahren wird nicht so gearbeitet, wie es demokratisch zu wünschen wäre. Das trägt nicht zum Vertrauen in demokratische Verfahren bei“, äußerte Michael Wolff, Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion.

Wie von der Pressestelle des Landkreises nach der Kreistagsitzung zu erfahren war, hat die Kreisverwaltung inzwischen beim ArL Braunschweig eine Fristverlängerung zur Abgabe einer Stellungnahme um eine Woche formlos beantragt. Diese Fristverlängerung habe der Kreis bis 25. Oktober gewährt

bekommen.

**Abbildung:** Das Raumordnungsverfahren für ein Zwischenlager für den Atommüll aus dem maroden Salzbergwerk Asse II ist in eine finale Phase eingetreten. Allerdings hat der Landkreis nur bis zum 25. Oktober Zeit für eine Stellungnahme. Karl-Ernst Hueske FMN


**Fotograf/-in:** FMN

**Wörter:** 710

**Ort:** Wolfenbüttel

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 NWZonline (Nordwest-Zeitung)

## Schacht Konrad bei Salzgitter Umweltverbände ziehen erneut gegen Atommülllager vor Gericht

10. Oktober 2024 15:05

[Originalartikel](#) (Online Website)

Umweltverbände ziehen erneut gegen **Atommülllager** vor Gericht

In Salzgitter soll das bundesweit erste nach **Atomrecht** genehmigte **Endlager** für schwach ...

---